

## **7-Punkte-Sofortprogramm der CSU zur Asyl- und Flüchtlingspolitik**

Deutschland ist gerade auch durch die vielen Krisenherde der Welt das Ziel von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Ihre Zahl ist in den letzten Monaten immens nach oben geschneilt, alle Prognosen wurden weit übertroffen, eine Tendenzumkehr ist nicht absehbar. Der immense Zustrom von Menschen aus den verschiedenen Teilen der Welt zu uns wird zu einer ernsthaften Belastungsprobe. Deutschland nimmt die humanitäre Verantwortung für ausgebombte, verfolgte und missbrauchte Menschen aus Krisengebieten mehr als jedes andere Land in Europa wahr. Viele ehrenamtlich tätige Menschen sowie die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und Mitarbeiter der Kommunen kümmern sich sehr engagiert um die Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise werden aber mit der drastisch angestiegenen Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen kaum mehr fertig. Die Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingsfrage ist zu einer der drängendsten politischen Aufgaben der Gegenwart geworden.

In dieser Lage muss die Politik zwei Dinge fest in den Blick nehmen: die Unterbringung der in Deutschland befindlichen Asylbewerber und Flüchtlinge muss gewährleistet und der dramatische Anstieg der Asyl- und Flüchtlingsströme muss zugleich gebremst werden. Die humanitäre Verpflichtung der Menschen in Not ist ein Leitmotiv unserer Politik. Es darf aber nicht zu einer Überforderung Deutschlands in der Asyl- und Flüchtlingspolitik kommen. Unerlässlich ist zum einen die politische Klarstellung, dass das Asylrecht nur für die wirklich Schutzbedürftigen da ist. Notwendig ist zum anderen das Signal, dass Deutschlands Leistungsfähigkeit nicht unbegrenzt ist. Wir können nicht alle aufnehmen, die zu uns wollen. Wir können weder in Bayern noch in Deutschland die Krisen der Welt lösen.

Die CSU legt zur Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingsfrage einen Sofortplan mit folgenden sieben Punkten vor:

- 1. Flüchtlinge müssen in den EU-Staaten bleiben, in denen sie ankommen.** Dieses geltende EU-Prinzip wird vor allem von Italien derzeit nicht beachtet. Dort ankommende Flüchtlinge können ungehindert über Österreich nach Deutschland und Bayern weiterreisen. Die bestehenden europarechtlichen Vorgaben müssen strikt eingehalten werden. Sollte dies nicht geschehen, muss es im Rahmen des Schengener Abkommens zusätzliche Grenzkontrollen geben. Wir drängen auf die Klarstellung, dass Binnengrenzkontrollen zulässig sind, wenn ein anderer Mitgliedsstaat vertragsbrüchig ist.
- 2. Die Flüchtlinge müssen innerhalb Europas gerechter verteilt werden.** Derzeit trägt Deutschland mit weitem Abstand die Hauptlast der Flüchtlinge in ganz Europa. Kein anderes Land hat so viele Asylbewerber und Flüchtlinge wie

Deutschland. Das kann nicht so bleiben. Auch andere Länder in Europa müssen ihren Teil der Verantwortung übernehmen.

- 3. Wir begrüßen, dass mit dem neuen EU-Kommissar für Migration die Forderung der CSU nach einer einheitlichen Zuständigkeit für Asyl- und Flüchtlingspolitik innerhalb der EU umgesetzt wird.** Es ist zudem Aufgabe der Europäischen Union, die notwendigen Mittel für die Bekämpfung der Ursachen der Flucht bereit zu stellen. Die bisher hierfür bereit gestellten Mittel reichen bei Weitem nicht aus. Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen Frontex muss gestärkt werden. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge zustande kommen.
- 4. Um die Flüchtlingsproblematik an ihren Ursprungsorten zu bekämpfen, muss im Bundeshaushalt ein Sonderfonds Flüchtlings- und Entwicklungspolitik aufgelegt werden.** Priorität muss die Hilfe bei humanitären Katastrophen in den Krisenherden der Welt sein. Die Hilfe für bedrängte Menschen vor Ort soll gestärkt werden, damit neue Flüchtlingsbewegungen abgewendet werden können. Dafür soll die Bundesregierung mit einem Sonderfonds beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung tätig werden können. Migrationsfragen sollen mit dem Ziel einer besseren Steuerung der Zuwanderung und zur Bekämpfung der Ursachen von unfreiwilliger Migration und Flucht stärker und konkreter in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Drittstaaten verankert werden.
- 5. Die West-Balkan-Staaten müssen in die Liste der sicheren Herkunftsländer aufgenommen werden.** Im letzten Jahr stammte nahezu jeder fünfte Asylbewerber aus Serbien, Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina. Die Anerkennungsquote ist jedoch marginal. Es passt nicht zusammen, dass diese Staaten in die EU aufgenommen werden wollen, aber nicht als sichere Herkunftsländer gelten sollen. Für reine Wirtschaftsflüchtlinge ist das Asylrecht nicht gemacht. Die Grünen müssen im Bundesrat ihre Blockade aufgeben, damit der Zustrom offenkundig unbegründeter Asylbewerber vom West-Balkan endlich gestoppt werden kann.
- 6. Wer bei uns untergebracht und registriert ist, soll nach drei Monaten arbeiten können.** Dass gesunde und arbeitsfähige Menschen auch arbeiten dürfen, entlastet unser Gemeinwesen und kann bestimmte Bedarfe bei Betrieben erfüllen. Die bereits beschlossene Absenkung der Sperrfrist auf drei Monate muss umgehend in Kraft treten. Kommunen und staatliche Einrichtungen sollen

gemeinnützige Arbeiten für Asylbewerber und Flüchtlinge anbieten und einfordern können.

- 7. Die Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge muss in einer gemeinsamen Kraftanstrengung und engen Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen gewährleistet werden.** Deutschland hat die Kapazitäten, die Organisationskraft und die Verwaltungskompetenz, um diese Herausforderung zu bewältigen. Das muss jetzt in einer konzertierten Aktion aller beteiligten Stellen gewährleistet werden. Bund und Länder müssen baurechtliche Vorschriften zur Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten flexibler gestalten. Nicht genutzte Kasernen der Bundeswehr sollen umgehend für die Unterbringung zur Verfügung gestellt werden. Das Personal des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wurde für das laufende Jahr bereits um 300 Stellen aufgestockt. Auch für das kommende Jahr ist angesichts der weiterhin steigenden Asylbewerberzahlen eine erhebliche Verstärkung des Personals erforderlich. Eine dauerhafte Senkung der durchschnittlichen Verfahrensdauer kann aber nur erreicht werden, wenn auch eine bessere Mitwirkung der Asylbewerber und ihrer Herkunftsstaaten erfolgt.